auch die oft unter Zurückstellung der eigenen Ansicht erfolgte Meldung zur Regie, eine neue Tat für das deutsche Vaterland sein wird.

Daß das französische Verkehrsrezept falsch ist und auch für Frankreich wirtschaftlich unklug, wird die allernächste Zeit zeigen. Wenn man einem deutschen Eisenbahner andere Signale vorschreibt, als diejenigen, welche ihm in Fleisch und Blut übergegangen sind, wenn man ein verästeltes und schwieriges Verkehrswesen von rechts auf links umstellen will, so gibt das unweigerlich ein Tohuwabohu oder den Stillstand. Man ist an der Ruhr beidem gleichermaßen nahe. Die zehn Prozent Verkehr haben bisher die Bevölkerung kaum vor dem Verhungern geschützt; kommt erst die Winterkälte, so werden Frieren und Hungern die Folgen der Regie sein.

Heinrich Bredeney.

Massenverbot von Zeitungen in Bayern.

pn. **München,** 5. 11. (Eigenbericht.) Der Generalstaatskommissar hat den „Berliner Börsen-Kurier", das „Berliner Tageblatt", den „Vorwärts", die „B. Z. am Mittag", die „Vossische Zeitung" und die „Frankfurter Zeitung" im rechtsrheinischen Bayern verboten.

pn. **München,** 6. 11. (Eigenbericht.) Der Generalstaatskommissar hat die demokratische „Nürnberger Morgenpresse" und ihre Sonntagsausgabe „Die Sonntagspresse" wegen Wiedergabe eines Berichtes aus dem „Berliner Tageblatt" für drei Wochen, das „Volksblatt für Koburg und Lichtenfels" sowie die „Volkswacht" in Freilassing in Oberbayern auf 14 Tage verboten.

Ansätze zur Verwaltungsreform.

Nach dem Vorschlage des Reichssparkommissars ist nunmehr die Reichsanstalt für Maß und Gewicht mit der physikalisch-technischen Reichsanstalt verschmolzen worden. Dadurch werden 16 Beamte und 28 Hilfskräfte entbehrlich. Entsprechend werden sich die Kosten für die Geschäftsbedürfnisse, für die Unterhaltung der Bücherei, Laboratorium und Instrumente, sowie die Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren vermindern. Desgleichen werden Wohnräume verfügbar.

Auch das zum Geschäftsbereich des Reichsministeriums des Innern gehörende Reichswanderungsamt ist vom Sparkommissar geprüft mit dem Ergebnis, daß der Personalbestand dieser Behörde um mehr als ein Drittel verringert wird. Seit der Prüfung sind bereits 29 Beamte und Angestellte ausgeschieden.

Wertbeständige Gerichtsgebühren

Durch die am 12. d. M. in Kraft tretende dritte Verordnung zur Entlastung der Gerichte sollen die Wertgrenzen für die amtsgerichtliche Zuständigkeit in vermögensrechtlichen Streitigkeiten und für die Berufungs- und Revisionsfähigkeit in vermögensrechtlichen Streitigkeiten ergangener Urteile der Geldentwertung allwöchentlich selbsttätig folgen. Die Wertgrenzen ergeben sich nunmehr für jede Kalenderwoche durch Vervielfältigung der in der Verordnung bestimmten festen Grundzahlen mit der in der Vorwoche vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten, auf volle Millionen aufgerundeten Reichsindexziffer. Die Grundzahlen betragen für die amtsgerichtliche Zuständigkeitsgrenze 250 Mark, für die Berufungssumme 50 Mark und für die Revisionssumme 1500 Mark.

Durch zwei weitere am gleichen Tage erlassene, am 10. d. M. in Kraft tretende Verordnungen (Reichsgesetzbl. I S. 1040, 1042) ist auf dem reichsrechtlich geregelten Gebiet der Gerichtskosten und der Gerichtsvollziehergebühren eine ähnliche Regelung getroffen worden. Die Gebührensätze sind ebenfalls in Grundzahlen ausgeworfen, die jeweils mit der in der Vorwoche veröffentlichten, auf volle Millionen aufgerundeten Reichsinderziffer zu vervielfältigen sind.

Beiträge in der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Die unerwartete Geldentwertung der letzten Tage machte es notwendig, mit Wirkung vom 5. November die Jahresarbeitsverdienste der Verordnung vom 17. Oktober 1923 zu verzwanzigfachen: dem zwanzigfachen Jahresarbeitsverdienst entspricht auch der zwanzigfache Beitrag.

Dr. Heim zieht sich aus der Politik zurück.

pn. **München,** 5. 11. (Eigenbericht.) Der am grauen Star erkrankte und zuckerleidende 58jährige Reichstagsabgeordnete Dr. Heim will sich vom politischen Leben zurückziehen.

Der Einheitsverband der Kriegsopfer des Saargebiets gibt in einer Eingabe an den Völkerbund der Erwartung Ausdruck, daß der Völkerbund die Regierungskommission verpflichten werde, eine Neuregelung der Versorgungsfrage durchzuführen.

Kommunistenverhaftungen.

In Hamburg.

hem. **Hamburg,** 6. 11. (Eigenbericht.) In Hamburg wurde eine geheime Kommunistenversammlung aufgelöst und eine große Anzahl Teilnehmer verhaftet. Unter diesen befinden sich die beiden kommunistischen Bürgerschaftsmitglieder Köppen und Levy. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der erstere, ein früherer Feldwebel, nicht nur der militärische Leiter der Hamburger Unruhen war, sondern daß ihm zahlreiche kriminelle Verbrechen zuzuschreiben sind.

In Berlin.

Im Verfolg der polizeilichen Aktion, die seit einigen Tagen gegen eine Anzahl kommunistischer Führer von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums durchgeführt wird, ist am Montag, einer Korrespondenzmeldung zufolge, der Geschäftsführer der „Roten Fahne", Thieß, verhaftet worden. Die Festnahme steht mit der Tatsache in Verbindung, daß trotz aller Verbote in den letzten Tagen eine Anzahl Nummern der „Roten Sturmfahne" und ähnlicher Zeitungen erschienen sind.

Die Reichswehr in Sachsen.

Sd. **Dresden,** 5. 11. (Eigenbericht.) Die Reichswehr wird nunmehr über das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen zur Durchführung ihrer weiteren Aufgabe, die Ruhe und Ordnung auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, verteilt werden. Durch Zuteilung von Kraftfahrverbänden ist dafür Sorge getragen, daß die Reichswehr, wenn die Lage es erfordert, auch in Gegenden, die von ihrem Standquartier entfernt liegen, verschoben werden kann. Die Truppenbefehlshaber werden in engem Einvernehmen mit den Zivilbehörden arbeiten.

Der Befehlshaber des Wehrkreises IV hat nachstehende Verfügung erlassen: In Ergänzung meiner Verordnung vom 9. Oktober 1923, wonach die Verbreitung von ungeprüften Nachrichten und Gerüchten, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, unter Strafe gestellt ist, ordne ich hierdurch an, daß Nachrichten über den Gebrauch der Waffe von seiten der Truppe in jedem Falle vor der Verbreitung der Prüfung der vorgesetzten militärischen Kommandostelle unterliegen.

Noch immer proletarische Hundertschaften in Sachsen.

Sd. **Dresden,** 6. 11. (Eigenbericht.) Wie unsicher die Verhältnisse zum Teil in Sachsen noch sind, geht aus folgender amtlichen Veröffentlichung der sächsischen Staatskanzlei hervor: In voriger Woche wurde auf einen aus Auerbach im Vogtlande kommenden Lastkraftwagen mit Revolvern geschossen. Nachforschungen über die Täter haben ergeben, daß es sich um Angehörige einer proletarischen Hundertschaft handelt. 13 Personen wurden verhaftet. Alle Verhafteten sind Mitglieder der Kommunistischen Partei.

Herrn Brandlers Karriere.

sd. **Dresden,** 6. 11. (Eigenbericht.) Ueber Brandler werden noch folgende interessante Einzelheiten bekannt: Brandler wurde im Laufe der Revolutionsjahre wiederholt von deutschen Reichs- und Landesbehörden als lästiger Ausländer (Tscheche) ausgewiesen. Durch die Ernennung zum Ministerialdirektor in Sachsen durch Dr. Zeigner wurde er auf legalem Wege deutscher Staatsangehöriger. Brandler legte den ausschlaggebenden Wert auf die Aushändigung der Anstellungsurkunde, während er sich um sein Gehalt überhaupt nicht kümmerte. In Dresden tauchten damals mit ihm viele Russen auf, die sich zumeist im Landtage aufhielten und mit ihm aber dann wieder spurlos verschwanden.

Todesangst.

Weimar, 5. 11. (T. U.) Die drei kommunistischen Mitglieder der thüringischen Regierung veröffentlichen folgenden Aufruf: „In Sachsen hat die Reichsregierung einen offenen Verfassungsbruch, einen Staatsstreich begangen. Sie hat die sächsische kommunistische Arbeiterregierung abgesetzt. Die Thüringer Regierung beruht auf derselben Grundlage wie die vergangene sächsische. Die Aktion der Reichsregierung richtet sich daher auch gegen Thüringen. Der Reichswehrgeneral Reinhardt sucht schon Material zusammen, um die Aktion gegen Thüringen vorzubereiten. Arbeiter Thüringens es gilt, das neue Thüringen gegen alle reaktionären Feinde zu verteidigen. Die Thüringer Minister Tenner, Neubauer, Korsch.

Bayern und Reich — ein Lösungsversuch.

Von
Adolf Grabowsky.

I.

Wir stellen den nachstehenden Vorschlag, der an einen bemerkenswerten historischen Vorgang anknüpft, hiermit zur Diskussion, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen. D. Red.

In den Jahren, als das Bismarckische Reich sich vorbereitete, gab es für die Anhänger einer entschiedenen Bundesreform zwei Parolen: Einheit und Freiheit. Dies sind überhaupt die beiden Probleme, die im Laufe der deutschen Entwicklung brennend geworden sind, manchmal beide zusammen in gleicher Stärke, manchmal das Eine oder das Andere als vorherrschende Ausgabe. Die Frage der Einheit schließt in sich auch das Problem des Föderalismus, der Gliederung Deutschlands in Staaten und Stämme. In der Weimarer Verfassung hat man der Frage den ersten Abschnitt „Reich und Länder" eingeräumt und doch hat man sie nicht an erster Stelle behandelt. Damals stand im Vordergrund das Problem der Freiheit: Wie soll aus Deutschland ein demokratisches Staatswesen werden? Die Einheit glaubte man leicht herstellen zu können, indem man einfach zentralistische Gesichtspunkte walten ließ. Und doch hat der Berichterstatter über den ersten Abschnitt der Verfassung, der Abgeordnete Dr. Kahl, in Weimar ausdrücklich betont, „daß der gerechte Ausgleich der staatlichen Ansprüche zwischen Reich und Ländern das schwierigste, aber auch das wichtigste Problem des neuen Verfassungswerkes ist; daß einerseits die Reichsfreudigkeit der Länder nur dann erhalten werden kann, wenn ihr staatliches Eigenleben nach dem Maßstabe geschichtlicher Gerechtigkeit gesichert bleibt, daß aber andererseits nur eine festgefügte Reichseinheit und eine starke Reichsgewalt diejenige Kräfteentwicklung des deutschen Volkes auslösen und verbürgen, die wiederum aus der Tiefe zur Höhe führen kann."

Die Worte Kahls sind an den Ohren der Nationalversammlung vorbeiklingen; man begnügte sich mit oberflächlicher Erledigung des förderativen Problems. Gewiß war auch die Bismarckische Lösung nicht ideal — im Norden Vorherrschaft Preußens, im Süden Bayerns, das Reich setzte sich zwischen diese beiden Stühle —, aber nun mit einem Sprung in die absolute Reichsvorherrschaft hinein, das war denn doch Vernachlässigung realer Faktoren.

Man hat auf Grund der Weimarer Verfassung bezweifelt, ob die deutschen Länder überhaupt noch Staaten seien. Wissenschaftlich steht die Antwort dahin, praktisch aber kann gar kein Zweifel herrschen, daß Länder wie Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, ja auch Hessen, Oldenburg oder Mecklenburg Staaten geblieben sind, ganz gleich, welche Rechte man ihnen zugunsten des Reichs genommen hat. Auch Preußen hat natürlich in der Praxis durchaus Staatscharakter behalten, obwohl gerade Preußens Stellung höchst eigentümlich ist; in gewisser Beziehung rangiert es hinter den genannten Ländern, weil es viel weniger einheitlich ist als sie.

Unter den deutschen Ländern die festeste Struktur hat Bayern. Man meint häufig, daß Franken nicht zu dem eigentlichen Bayern passe, aber sieht man ab von der Nürnberger Gegend mit ihrem Protestantismus und ihrer Industrie, so fügt sich auch Franken gut in das bayerische Gebilde. Vor allem, Franken fühlt süddeutsch und da Bayern als Schirmstaat Süddeutschlands betrachtet wird, also auch bayerisch. Norddeutschland wird gut tun, alle Hoffnung auf Spaltung des bayerischen Blocks fahren zu lassen. Es muß sich darein schicken, daß Bayern ein Bauernland ist, klerikal und schwach industrialisiert und damit sehr verschieden vom übrigen Deutschland. Wird dieser Unterschied mißachtet, so bleiben die Folgen nicht aus.

Seit Inkrafttreten der neuen Verfassung haben wir eine bayerische Krise nach der andern erlebt, und zwar so, daß jede Krise immer schärfer war als die vorhergehende. Man erinnere sich an den Konflikt vom Sommer 1922, als das Gesetz zum Schutz der Republik von allen verfassungsmäßigen Instanzen regulär verabschiedet worden war, Bayern kümmerte sich nicht darum und erließ seine Sonderverordnung. Damals kamen die Bayern um eine Nasenlänge zu spät, denn noch vor ihrer Verordnung hatte der Reichspräsident auf Grund von Absatz 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, die der Auftakt war zu dem Schutzgesetz. Dies Nachhinken hat sich Bayern gemerkt und ist jetzt bei der Ernennung eines Diktators dem Reich um eine Nasenlänge zuvorgekommen. Immer beruft sich Bayern hierbei auf Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung, wonach die Landesregierung bei Gefahr im Verzuge für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung treffen kann. Aber diese Maßnahmen dürfen eben nur provisorischen Charakter tragen und nur so weit gehen, als erforderlich ist, um die Sicherheit und Ordnung bis zum Einschreiten des Reichs einstweilen aufrechtzuerhalten. (Giese in seinem Kommentar zur Reichsverfassung.) Ueberhaupt handelt hier die Landesregierung — und das ist das Entscheidende — nur im Namen des Reiches, sie übt Reichsfunktionen, nicht Landesfunktionen aus und hat sofort zurückzustehen, wenn das Reich selber handelt. Die Rechtslage ist vollkommen klar. Aber man darf Bayern etwas anderes einräumen: daß es zu seinen an sich verfassungswidrigen Aktionen förmlich getrieben worden ist durch eine Verfassung, die das Verhältnis zwischen Reich und Ländern nicht richtig ausbalanciert hat, die formal-juristisch vorgegangen ist, ohne zu erwägen, daß das Recht sich auf der Wirklichkeit aufbauen muß.

Kann das so weiter gehen? In der Verneinung der Frage ist ganz Deutschland einig, uneinig aber in den Maßregeln zur Abhilfe. In Berlin gibt es eine Richtung, die die Bayern zu Paaren treiben will, in München desgleichen eine, die nach Berlin ziehen möchte, um den Saustall in Ordnung zu bringen. Dieser primitiven Spielerei mit Bürgerkrieg und noch größerem Chaos ist eine staatsmännische Regelung gegenüberzustellen. Sie kann nur liegen in einer Verfassungskorrektur. Gerade, wer den Geist der Weimarer Verfassung liebt, muß dafür sorgen, daß die Fehler herausgebracht werden. Das Problem Unitarismus und Föderalismus insbesondere hat eine bessere Lösung zu finden.

In der falschen Konstruktion des Reichsrats, des Vertreters der Länder, liegt der Hauptfehler. Von einem Kommentator der Verfassung (Poetzsch) ist der Reichsrat als gemeinschaftliches Organ der Länder bezeichnet worden. Das ist er, wie Anschütz in seinem Kommentar richtig bemerkt, keineswegs, er ist kein Länder-, sondern ein Reichsorgan, das innerhalb seiner Zuständigkeit berufen ist, den Reichswillen zu bilden. Aber diese reine Reichsfunktion ist ja gerade das Mißliche. Sie hat zum Beispiel dahin geführt, daß nach Artikel 67 der Reichsrat zwar von den Reichsministern über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem laufenden zu halten ist, daß er aber kein Mittel hat, um eine widerwillige Reichsregierung zu solchen Angaben zu veranlassen.

Trotzdem wäre es verfehlt, die Konstruktion des Reichsrats glattweg umzuwerfen; einen solchen Stoß verträgt die Weimarer Verfassung heute noch nicht. Man muß also versuchen, in den Reichsrat gewisse Institutionen einzubauen, die die Länder mehr als heute vor willkürlichen Eingriffen des Reichs in ihr staatliches Leben sichern. Im Grunde hat sich Bayern mit dem status quo einigermaßen abgefunden, und wenn ihm und den anderen Ländern die Steuerhoheit, was zu erwarten steht, in erheblichem Maße zurückgegeben wird, so hat es für den Augenblick gar nicht einmal so schwere Verfassungsklagen wie für die Zukunft. Man hat ja jetzt vielfach gesehen, daß Artikel 76 der Reichsverfassung mit seiner für Verfassungsänderungen verlangten doppelt qualifizierten Mehrheit im Reichstag — zwei Drittel der Abgeordneten müssen anwesend sein, zwei Drittel der Anwesenden müssen zustimmen — kein unübersteiglicher Wall ist, den Ländern ihre Hoheitsrechte weiter zu beschränken. Diese weitere Beschränkung fürchtet Bayern, es will seinen gesamten Staatsaufbau nicht ungewissen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag aussetzen. Hier liegt der Kern der bayerischen Abneigung gegen die Verfassung, nicht aber in dem bei einem Bundesstaat selbstverständlichen Satz, daß Reichsrecht Landrecht bricht (Artikel 13); ein Grundsatz, der schon in der Bismarckischen Verfassung galt. Aber in diese Verfassung waren doch auch starke Widerstände gegen allzu weit getriebenen Zentralismus eingefügt. Schon 14 Stimmen im Bundesrat genügten, um Aenderungen der Verfassung abzuwehren, und die den Einzelstaaten vorbehaltenen Sonderrechte gar konnten überhaupt nur mit Zustimmung des berechtigten Gliedstaats abgeändert werden.

Britisch-französische Schachpartie.

Wenn in einer Gesellschaftsfirma, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, im Verkehr nach außen von beiden Partnern „das freundschaftliche Einvernehmen der Associés" betont und hervorgehoben wird, dann pflegen erfahrene Geschäftskreise mit Recht das Gegenteil daraus zu schließen. Und in der Tat steht es, trotz der krampfhaften Freundschaftsbeteuerungen, um das Einvernehmen zwischen England und Frankreich herzlich schlecht. Die passive, scheinbar ganz resignierte Haltung der britischen Regierung in den vergangenen Monaten, seit dem Sturze Lloyd Georges, Angesichts der Ereignisse an der Ruhr und dem aggressiven Vorgehen der Franzosen in allen Teilen der Welt, hat vielfach Enttäuschung hervorgerufen.

Nichts könnte das Verhältnis zwischen England und Frankreich deutlicher illustrieren als das Faktum des plötzlichen Verschwindens von sieben Exemplaren des britischen Geheimschlüssels für den telegraphischen Dienst des Heeres und der Flotte. Das englische Kriegsamt mag die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und England sehr hoch einschätzen, gleichwohl sah es sich veranlaßt, sofort einen neuen Geheimschlüssel ausarbeiten zu lassen. Kurze Zeit nach diesem Ereignisse hielt der englische Luftschiffahrtsminister Sir S. Hoare in London eine Rede, in welcher er bezüglich Frankreichs folgendes aussprach:

„Die Zeit der Luftschiffahrt hat die alten Grenzen des Aermelkanales nutzlos gemacht. Wir glauben nicht, daß je ein Krieg gegen Frankreich ausbrechen wird. Wie wir aber eine starke Marine aufrechterhalten, gerade so müssen wir auch dafür sorgen, daß unsere Luftarmee den Verteidigungsmöglichkeiten der englischen Küste entspricht."

Noch bedeutsamere Ereignisse zeigen sich im Orient.

Die Franzosen haben ihre syrischen Truppenbestände in der letzten Zeit durch zwei weitere marokkanische Divisionen verstärkt und mit dem Oberkommando General Weygang betraut. Er gilt als einer ihrer besten Truppenführer. Sie verstärken also sichtlich ihre Stellung hinter der englischen Front, die in Aegypten steht.

Auch für Italien und seine Stellung im Mittelmeere ist die französische, auf die Eroberung Aegyptens zielende, afrikanische Kolonialpolitik eine sehr ernste Gefahr, die den italienischen Besitz in Afrika in Frage zu stellen droht. Damit stehen offenbar die verstärkten italienischen Rüstungen im Zusammenhange, welche die Flotte auf die gleiche Höhe wie die französische bringen und die Luftstreitkräfte ganz besonders verstärken. Für Aegypten und seine Verteidigung gegen einen Angriff vom Lande her bildet das in italienischem Besitze befindliche Tripolis eine sehr wichtige, strategische Position. Jede von Westen auf Aegypten anmarschierende französische Armee kann von Tripolis aus flankiert werden, und wenn es England gelingt, Italien auf seine Seite zu ziehen, dann wird Tripolis zu einem Pivot für die Verteidigung von Aegypten.

Die italienischen Aspirationen und ethnischen Anrechte auf Tunis, wo so viele hunderttausend Italiener leben, sind ja genügend bekannt, und der Bardovertrag des Jahres 1881, der Tunis den Franzosen auslieferte, ist auf italienischer Seite stets als eine schwere nationale Kränkung empfunden worden. Die Wunde ist nicht vernarbt. Bei seinem Regierungsantritt hat Herr Mussolini in der Programmrede ausdrücklich erklärt, daß die italienische Außenpolitik sich ausschließlich von den eigenen Landesinteressen leiten lassen werde, und besonders hervorgehoben, daß Italien fortan nur auf dem Standpunkte des „do ut des" stehe! Daß der Realpolitiker Mussolini es verstanden haben dürfte, zwischen der für die Verteidigung von Aegypten so wichtigen Pivotstellung in Tripolis und der tunesischen Frage ein entsprechendes Junktim zu schaffen, darf angenommen werden. Denn die Wiederaufrichtung der Provinz Afrika, des alten römischen Imperiums, würde auch für die innerpolitische und rein wirtschaftliche Entwicklung Italiens von der einschneidendsten Bedeutung sein.

Die von Frankreich einberufene Konferenz über Tanger ist vertagt worden wegen der Weigerung Mussolinis, ihre Beschlüsse anzuerkennen, falls Italien nicht vertreten sei. Die in Spanien unter General Primo de Rivera errichtete Militärdiktatur, eine Regierung, welche eine Aera aktiverer spanischer Außenpolitik inaugurieren will und sich besonderer Förderung und Unterstützung seitens der britischen Regierung erfreut, hat gleichfalls wissen lassen, daß sie einer Tanger-Konferenz fernzubleiben gedenke. Dagegen rüstet der König von Spanien zu einem offiziellen Besuche, den er, in Begleitung seines Ministerpräsidenten Generals Primo de Rivera, in der nächsten Zeit in Rom abzustatten gedenkt. Es gehört zu den Grundregeln des Schachspieles, daß der König, nur wenn die höchsten Interessen der Partie auf dem Spiele stehen, in Aktion zu treten hat und bewegt wird. Ob die Schachzüge des spanischen Königs in Rom der englischen Partie einen italienischen und spanischen Turm gewinnen, als Ersatz für die Königin, die England, durch Herrn Lloyd Georges unkluges Spiel, seit den Tagen von Versailles eingebüßt hat, wird die Zukunft erst lehren.

Die in London tagende Reichskonferenz beschäftigte sich am Montag, den 22. Oktober 1923, mit der militärischen Verteidigung des britischen Reiches. Sie beschloß, die in dieser Frage gefaßten Beschlüsse absolut geheimzuhalten.

Gracchus.

Nur drei Zeilen.

Wie aus Glasgow gemeldet wird, haben die Liberalen des Wahlkreises Glasgow-Mitte Winston Churchill telegraphisch eingeladen, liberaler Kandidat zu werden, da durch den Tod Bonar Laws eine Ersatzwahl notwendig geworden ist.

*

Nach Blättermeldungen haben die deutschen Südtiroler Abgeordneten an Mussolini ein Telegramm gerichtet, in dem sie den Widerruf der Dekrete des Präfekten von Trient über den Sprachengebrauch bei den Behörden verlangen.

*

Der ungarische Reichsverweser hat den gewesenen Landesverteidigungsminister Alexander Belitska zum Bevollmächtigten Minister und Außerordentlichen Gesandten ernannt und ihn mit der Leitung der Königlich-Ungarischen Gesandtschaft in Warschau betraut.

*

In einer der Vorstädte von Warschau wurde heute von verbrecherischer Hand gegen einen Straßenbahnwagen eine Handgranate geworfen, wodurch drei Personen verletzt wurden.

*

Die sozialdemokratischen Vertreter des Zwickauer Ratskollegiums haben erklärt, ihre Mitarbeit so lange einzustellen, bis die in Zwickau verhafteten Sozialisten wieder freigelassen worden wären.

*

Wie aus Melbourne gemeldet wird, ist es anläßlich des Polizistenstreiks in den Straßen der Stadt zu schweren Ausschreitungen gekommen, bei denen zwei Männer getötet und über 200 Passanten verwundet wurden.

Die deutsche Wirtschaft und die Gewerbesteuer.

Der Landesausschuß der Preußischen Handelskammer, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Zentralverband des Deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Preußische Handwerkskammertag haben nach eingehender gemeinsamer Beratung über den dem ständigen Ausschuß des Landtages vorliegenden Entwurf einer Verordnung über die Neuregelung der Gewerbesteuer folgende Entschließung gefaßt:

Die Vertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe Preußens sind seit langem sich darüber einig, daß eine Neuregelung des Gewerbesteuerwesens eine dringende Notwendigkeit ist. Der in dem jetzt so vorliegenden Entwurf vorgeschlagene Weg durch eine Verordnung, die Neuregelung der Gewerbesteuer herbeizuführen, erscheint aber völlig ungeeignet. Die mit der Gewerbesteuer zusammenhängenden Materien können nur im Zusammenhang mit dem gesamten Komplex der Steuerfragen erfolgen. Es erscheine ausgeschlossen in einem Zeitpunkt, wo der Uebergang zur Goldbilanzierung nahe bevorsteht, und die Beratungen über die von der Reichsregierung angekündigte Reichssteuerreform (Finanzausgleich) bereits schweben, zu einer Regelung des Gewerbesteuerrechts in Preußen zu gelangen. Es kommt hinzu, daß die in Aussicht genommene Regelung sich frühestens ab 1. April 1924 auswirken könnte. Bis zu diesem Zeitpunkte müßte auf jeden Fall das Fortbestehen des jetzigen Zustandes in Kauf genommen werden. Die Verbände erklären sich bereit, mit den Vertretern der Gemeinden in Beratungen darüber einzutreten, wie man in der gemeinsamen Not beider (Gewerbesteuergläubiger und Gewerbesteuerschuldner) einen Ausweg finden kann, der beide über die nächsten Monate hinweghilft.

Elisabeth-Bergner-Abend.

Schauspielertheater.

Angekündigt war ein Hauptmann-Abend; aber es wurde ein Abend Elisabeth Bergners. Das Schauspielertheater im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in der Chausseestraße ist fürs Reelle: es gibt etwas fürs Geld. An einem Abend „Elga" und „Hannele" — und in beiden Stücken Fräulein Bergner. Mehr kann niemand verlangen.

Um es vorweg zu sagen: Elga wurde ein Erfolg wie noch nie zuvor. Und zwar mit Recht. Die ganze Aufführung unter der klug dämpfenden Regie des Herrn Hilpert war bis auf ein paar kleine Beleuchtungsentgleisungen ausgezeichnet — und Fräulein Bergner als Elga ebenfalls. Diese Gräfin Starschenski war ein Kind mit Zügen und Gesten eines Kindes — und mit Zügen aus der Tiefe, aus der sie kommt. Zugleich ganz Frau, die ständig unter der Gefahr lebt — die von dem Doppelspiel innerlich schon ausgeleert, und zugleich geübt ist, Herrin jeder Situation zu sein. Eine Angst ist über ihr, und eine blasse Ueberlegenheit — und nur einmal löst sich ihr Wesen: als sie an Oginskis Halse hängt. Sie lügt fast schon aus Instinkt; nur gelegentlich verrät ein Zucken, eine Bewegung der Hand das Wirkliche. Sie hat bei aller Sicherheit das innerlich Gehetzte, vor dem alles Geschehen wie etwas Traumhaftes erscheint: sie läßt das Leben über sich dahingehen, ohne Widerstand zu versuchen. Sie spielt ihr tödliches Spiel halb passiv, wie ein Schicksal: nicht nur in der Szene, da sie auf Oginski wartet, ist die Angst des Traumes über ihr. Sie macht eigentlich gar nicht sehr viel: sie steht zwischen den Männern nicht wie die Handelnde, sondern halb wie ein Opfer. Sie faucht wohl einmal, um den Verdacht abzuwälzen, den Grafen an, bäumt sich noch einmal bei der Szene zwischen ihm und Oginski: aber sie weiß von vornherein um das Ende. Sie nimmt es auch ohne große äußere Erregung hin: selbst am Schluß bricht sie wohl einmal kurz aus, schlägt mit den Fäusten gegen den Vorhang — so wie sie früher beim Umarmen den Mann oder Oginski geschlagen hat, aber sie hat keine Kraft zu großen Szenen mehr. Als sie am Ende den Toten sieht, schiebt sie sich stumm heran, steht stumm vor ihm, dann wendet sie sich ganz langsam zu Starschenski, spricht ganz leise sich immer weiter zur Erde gegen ihn vorbeugend das „Ich hasse dich — ich speie dich an!" und verharrt so, ohne von der dichterischen Vorschrift des „Losbrechens" Gebrauch zu machen.

Die Wirkung war sehr stark — im einzelnen wie im ganzen. Sie sah sehr schön aus, vor allem in dem silbernen Gewand, das sie anlegt, um den Gast zu empfangen — und gab einen Reichtum an ganz leisen, echten Einzelzügen, an der Grenze von Natur und Theater, daß man schon Szene für Szene berichten müßte, um ein Bild zu geben. Es war sehr richtig, daß man sie am Schluß immer wieder rief: seit ihrem Fräulein Julie hat sie (trotz der Rosalinde) nichts gleich Starkes gebracht.

Auch die Gegenspieler waren ausgezeichnet: Herr George, zurückhaltend, wie kaum je zuvor ein kraftvoll lebendiger Starschenski. Herr v. Twardowski ein Oginski mit ein paar feinen blassen Linien. Am stärksten aber neben Fräulein Bergner der Timoska des Herrn Granach. Ganz leise, ganz Demut, Scheu und Treue: ein Stück Volk von bester Art stand in ihm da.

Dann „Hannele" — ebenfalls mit Fräulein Bergner, unter der Regie Herrn Martins. Hier ist zu scheiden zwischen Hannele und Hannele. Was Fräulein Bergner brachte, war wiederum, wenigstens teilweise, sehr stark. Sie war zuerst Hannele Mattern, die Maurertochter — und erst in zweiter Linie die Träumende. Sie kam in offenem, verwirrtem Haar, mit nackten Beinen im viel zu kurzen, ausgewachsenen Kleid, das ihr die Lehrersfrau angezogen hat. Sie war verprügelt, störrisch, angstvoll, ein Bündel sich ständig windender Kinderangst, das im Fieber aus dem Bett rollt, aber sie war dahinter ganz einfach ein Kind. Sie hob die Gestalt aus der Sentimentalität; aber — ein klein wenig zu bewußt. Ein bißchen zu sehr mit Schauspiel. Es gab Momente, wo sie die Grenze ebenso erreichte wie als Rosalinde, wo das Wichtigste Fräulein Bergner als Hannele war — und nicht die Gestalt. Es war sehr schön wie sie strahlend „Engel" sagt — und je weiter die himmlische Geschichte geht, desto irdischer, ländlicher wird: wie das Kind in Hannele die Angst vergißt und ganz einfach seinen ersten Ehrentag genießt. Die etwas peinliche Heiligkeit versank — der Mensch blieb stehen. Aber es gab ein paar Momente, wo das Schauspiel sich verselbständigte: wenn sie ihre eigenen nackten Arme inbrünstig küßt, als sie von Gottwald und der Hochzeit mit ihm phantasiert, in einem ein klein wenig zu häufigen Laden Durchs-Haar-Fahren und Hinkichern. Man muß das feststellen, gerade weil man im übrigen zu der Leistung durchaus Ja zu sagen bereit ist.

Wenigstens was Fräulein Bergner angeht. Im dem übrigen schon weniger. Herr Martin ließ das ganze in einem Zug spielen — mit Recht. Aber er blieb auch in der Traumhälfte dem Irdischen zu nahe. Die Dichtung wird ja, je öfter man sie sieht, desto problematischer. Sie ist sentimental und naturalistisch — romantisch und pedantisch zugleich, und vor allem: sie ist nicht einfach im Gefühl, sondern rauschhaft. Sie setzt sich fast gegen eine reine Aufführung zur Wehr. Es gibt Dinge in ihr, die nie klappen — man braucht nur an den gefährlichen Todesengel und die Flügel der Schwester zu denken. Wenn die Romantik Maschinerie wird, und nachher rutscht dem Tod das Schwert hörbar aus — das geht nicht. Es gibt nur einen Weg: die ganze zweite Hälfte so unwirklich wie möglich zu machen. So ging Fehling an die Sache heran und brachte fast eine Lösung. Martin kam mit seinem Traum nur bis Baluschak — und das reicht nicht. Er macht mit seinen Begräbnispäßen viel zu viel — und mit den Engeln viel zu wenig. Wenn die Weiber minutenlang: „Mörder — Mörder" zischen, so wirkt das nicht, ebensowenig wie der irdische Kindergesang; die Engel aber dürfen höchstens Kitsch im Sinne stammeln. Und den gläsernen Sarg und die Tote soll man am Ende ruhig stehen und liegen lassen: wenn Hannele sich erst wieder sichtbar zu Bett legt und dienende Brüder sicht- und hörbar den Sarg fortholen — aus ist's mit Traum und Poesie, und zwar vor der Zeit. Es gibt schon genug Problematik bei dieser Dichtung; man braucht sie nicht zu vermehren.

Der Lehrer Gottwald war Herr Granach — der sich nicht ganz behaglich zu fühlen schien. Den Mattern spielte fast überlegen-groß Herr George. Die Mutter war Frau Eysoldt. Ganz fein als Pleschke Herr Ettlinger.

Ueber den Beifall läßt sich hier weniger sagen, da es 11 Uhr geworden war und alles zur Untergrundbahn drängte. Aber er war trotzdem stark.

Fechter.

Aktionärversammlung des Deutschen Opernhauses. Im Chorprobensaal des Deutschen Opernhauses fand in diesen Tagen die Generalversammlung der „Betriebsgesellschaft Deutsches Opernhaus" statt, die von dem Vorsitzenden Littmann geleitet wurde. Die recht erheblichen Meinungsverschiedenheiten der Aktionäre über gewisse Maßnahmen der Verwaltung kamen in dieser Sitzung, die sich nur mit dem Spieljahr 1921-22 zu beschäftigen hatte, noch nicht recht zum Ausdruck, obgleich die in der Hauptsache von Dr. Misch geführte Opposition einige energische Vorstöße machte. Der Vorsitzende, der offenbar ein sehr geschickter Verhandlungsleiter ist, übte sein Recht, jede Diskussion über die gegenwärtigen Zustände am Institut abzuschneiden, rücksichtslos aus. Natürlich werden nun in der nahe bevorstehenden Generalversammlung, die sich mit dem Spieljahr 1922-23 zu befassen haben wird, die Ansichten desto heftiger aufeinanderplatzen, und es besteht auch kein Zweifel, daß über manche Dinge Klarheit geschaffen werden muß. Einige Aktionäre äußerten sich auch sehr absprechend über das Vorgehen des Vorsitzenden gegenüber dem Vertreter der Stadt, der nicht zum Wort zugelassen wurde und infolgedessen den Saal unter Protest verließ. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadt sich in vielen Fällen entgegenkommend gezeigt habe und auch jetzt noch immer mit der einfach lächerlichen Pachtsumme von 25 000 (!) Mark pro Monat zufrieden wäre. Am Schluß der Sitzung wurden Dr. Arthur Wolff und Prof. Kurt Frederich neu in den Aufsichtsrat gewählt.

—k.

Gegen Emmi Destinn. Wegen ihrer deutschfeindlichen Gesinnung hat man Emmi Destinn, die eine Konzertreise durch Oesterreich beabsichtigte, in Linz und Graz den Saal verweigert. Auch das Wiener Konzert ist aus dem gleichen Grunde abgesagt worden.

Was alles zum hygienischen Leben gehört, zeigen die Vorschriften, die die New Yorker Akademie der Medizin zu Nutz und Frommen der Menschheit erlassen hat: „Entferne fast alle Möbel aus der Wohnung und behalte nur das Allernotwendigste. Wirf alle Haustiere, Hunde, Katzen, Affen, Eichhörnchen, weiße Mäuse, Hühner und Tauben erbarmungslos heraus. Behilf dich ohne Vorhänge, Teppiche, Gemälde, Büsten und Nippes und schaffe endlich alles aus dem Zimmer, was als Staubfänger anzusehen ist. Laß dein Zimmer nie mit dem Besen fegen und dulde keinen Abtreter vor deiner Tür. Das Parkett muß aus eisenhartem Holz sein; auch ist streng darauf zu achten, daß die Fenster deiner Wohnung ununterbrochen geöffnet bleiben."

Wolkenkratzer hier und drüben.

Eine anregende Erörterung über die Probleme des Hochhausbaus bringt das Septemberheft des „Journal of the American Institute of Architects". Im Anschluß an einen Bericht, den Dr.-Ing. W. C. Behrendt über die Entwicklung des Hochhausgedankens in Deutschland erstattet, legen einige führende amerikanische Architekten ihren Standpunkt zum Thema „Wolkenkratzer" dar und äußern sich anschließend im besonderen auch zu den Entwürfen der deutschen Architekten — es sind Pläne von Poelzig, Soeder und Mies van der Rohe abgebildet — und zu der künstlerischen Auffassung, die aus diesen Entwürfen spricht. Der Architekt George C. Nimmons behandelt die technische und konstruktive Seite des Problems, wobei er den deutschen Grundrißlösungen, die vom amerikanischen Schema stark abweichen, volle Anerkennung zu teil werden läßt. Dagegen wendet er sich in seinen Anmerkungen über das architektonische Problem gegen die streng konstruktive Behandlung der Bauaufgabe, wie sie die deutschen Entwürfe aufweisen. Der bewußte Verzicht auf die dekorativen Mittel akademischer Kunstweise auf Säule, Pilaster und Ornament, neuen Formen des Ausdrucks, der starke Impuls der deutschen Architektur, zu reinen Lösungen nur für diese Bauaufgabe zu gelangen, findet bei den Amerikanern kein Verständnis. Mit ihrer Neigung, auch diese Aufgabe mit der Säulenordnung der Ecole des beaux Arts zu lösen, beweisen sie, wie wenig vorurteilslos sie diese Bauaufgabe, wie naiv sie überhaupt den eigentlichen Gestaltungsproblemen der Baukunst gegenüberstehen.

Eine erfreulich fortschrittliche Gesinnung bekunden die amerikanischen Architekten dagegen in ihrer Einstellung zu der sozialen Seite des Hochhausproblems. Der Wolkenkratzer, sagt der Architekt W. St. Parker in seinem Beitrag, hat, wenn er es überhaupt je gewesen ist, heute aufgehört, ein erstrebenswerter Bautypus zu sein. Er ist eine furchtbare Notwendigkeit an gewissen Orten mit starker Bevölkerungsdichte und hohen Bodenwerten. Abgesehen von den Fällen, wo er durch das zufällige Zusammentreffen dieser beiden Bedingungen erzwungen wird, ist er eine reine Torheit. Starke Verdichtung der Bevölkerung unter einem Dach ist ein unglückseliges Ergebnis, niemals ein wünschenswertes Ziel. Die geringe Begeisterung, die die englischen Architekten für den Hochhausgedanken bekunden, ist mehr als anderes ein Beweis für ihre gesunde Denkweise. Die Verkehrsschwierigkeiten, die Wohnungsnot und andere Schäden des Siedlungswesens sind in der Hauptsache auf die Uebervölkerung in den Großstädten zurückzuführen, wofür das Hochhaus zugleich Ursache und Wirkung ist. Es wäre klug von den Architekten aller Länder, wenn sie ihre Füße auf dem Boden behielten und die Bewohner und Werkleute ihrer Bauten ebenfalls dem Boden so nahe als möglich hielten.

Da es der Zufall gewollt hat, daß in dem gleichen Heft die Selbstbiographie von Louis H. Sullivan, die seit geraumer Zeit abschnittweise in der genannten Zeitschrift erscheint, gerade zu der Stelle gelangt ist, wo von der Entstehung der Wolkenkratzer in Chicago berichtet wird, so liegt hier eine Sonderpublikation vor, die das aktuelle Problem in seinen historischen, technischen und künstlerischen Zusammenhängen in vielseitiger Weise belichtet.

Deutsches wissenschaftliches Leben im Ausland behandelt das 1. Novemberheft des „Auslanddeutschen", der vom Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart herausgegebenen Halbmonatsschrift. In einer großen Zahl von Aufsätzen werden die deutschen wissenschaftlichen Institute in den Mittelmeerländern und die deutschen wissenschaftlichen Vereine im Baltikum behandelt. Außerdem kommt je eine Gesellschaft aus Rußland, Ostasien und Südamerika zu Wort. Das Heft kann auch einzeln vom Deutschen Ausland-Institut bezogen werden.

Emil Felden im Reichstag. An Stelle eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der sein Mandat niedergelegt hat, ist der Pfarrer von St. Martini in Bremen, Emil Felden, getreten. Er wurde 1907 als Nachfolger des freigeistiger Bremer Pfarrers Kalthoff gewählt und wurde in den Jahren vor dem Krieg durch seine Predigten über Goethe und Ibsen bekannt, in der Folge als Verfasser von Romanen, wie „Königskindern", Briefen aus schwerer Trennungszeit einer Ehe, „Sünde wider das Volk", ein Gegenpunkt zu der Dinterschen „Sünde wider das Blut", „Albert Reinkinds Höhenflug" u. a.; ferner veröffentlichte er Ibsenpredigten „In Kampf um Frieden" und die wissenschaftliche Schrift „Kind und Gottesglaube".

Prinz Wilhelm von Schweden hat ein Stück geschrieben, das „Hinangozi" heißt und in Afrika spielt. Das Werk wird im Svenska-Theater in Stockholm vermutlich noch vor Weihnachten herausgebracht werden.

Konzerte. Eva Brunelle ist die erste Frau, die ein großes symphonisches Orchester dirigiert. Am 8. November konzertiert die Dirigentin zum ersten Male in Berlin in der Philharmonie mit den Philharmonikern.

Generalmusikdirektor Leo Blech wird zum ersten Mal in dieser Saison einen Wagnerabend mit dem Berliner Sinfonie-Orchester am 8. November im Blüthnersaal dirigieren. Solisten sind: Frida Leider (Staatsoper) und Lauritz Melchior (Kopenhagener Hofoper).

Das Konzert von Erkki Melartin (Direktor des Helsingforser Konservatoriums) mit dem Philharmonischen Orchester am 9. November, abends 7½ Uhr, im Beethovensaal, enthält nur Kompositionen des Veranstalters. Solistin: Erna Gräsbeck.

Aus den Theatern. In der Staatsoper wird am 9. November als letzte Vorstellung im Richard-Strauß-Zyklus „Die Frau ohne Schatten" wieder in den Spielplan aufgenommen. Mitwirkende: Barbara Kemp, Mimi Werhard-Pönsgen, Friedrich Schorr, Fritz Soot, Lilly Hafgren-Dinkela.

Leo Schützendorf tritt das Engagement bei der Großen Volksoper Berlin am 7. November als Osmin in der „Entführung aus dem Serail" an.

Spielplanänderungen. Im Theater in der Königgrätzer Straße ist die Erstaufführung von Molinas Lustspiel „Don Gil von den grünen Hosen" auf den 10. November verschoben worden. — Im Schauspielertheater geht am 7. und 8. November der Hauptmann-Abend („Elga" — „Hannele") in Szene.

Abbau der Lehrerschaft?

Keine Auflösung von Universitäten.

Uns wird geschrieben:

Das Reich muß seinen umfangreichen Beamtenapparat der durch allzu große Inflation entstanden ist, zu einem Viertel abbauen. Das ist die natürliche Konsequenz der finanziellen Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen hat. Es verlangt natürlich auch von den einzelnen Ländern in demselben Umfange eine Verminderung des Beamtenapparates. Nur darf es dabei nicht schematisch vorgehen, denn zweifellos ist die Inflation nicht in demselben Umfang wie im Reich, z. B. in Preußen, vorhanden; man denke nur an das Budget der Postverwaltung. In Preußen werden eine ganze Reihe von Verwaltungen heute beweisen können, daß sie in ihrem Beamtenapparat bereits Einschränkungen vorgenommen haben.

Besonders ist dies in dem vom Finanzministerium seit Jahren schon scharf angefaßten Preußischen Kultusministerium der Fall. Es ist nicht zu leugnen, daß durch Umstellung der Schulen Ersparnisse erzielt werden können, und sie sind auch bereits durch ein zwar schonendes, aber doch durchgreifendes Einschreiten erzielt worden. Wenn man jetzt aber dem jungen Lehrernachwuchs die Tür zur Schule völlig versperren würde, so wäre der Erfolg verhängnisvoll. Wir haben des öfteren erlebt, wie eine solche plötzliche Zurückdrängung zur Folge hatte, daß plötzlich die Schulen ohne Lehrer waren und eine Lücke klaffte, wo sie sich nicht auftun durfte. Das Bildungswesen muß mit besonderer Behutsamkeit angefaßt werden. Die preußische Tradition weist dafür den Weg: Vor einem Jahrhundert in der Zeit der schweren Not, hat man alles andere abgebaut, aber auf kulturellem Gebiet sind Neugründungen gewagt worden, denn man hat die Volkskraft durch vermehrte Bildung zu heben gesucht. Und mit Erfolg. Immer war der Aufschwung Preußens verbunden mit einer Hebung der Bildung.

Die jungen Leute die heute mitten in ihrem Studium stehen oder dieses vollendet haben und nun auf Anstellung warten, werden, wenn die Verordnungen des Reiches schematisch auf die Länder angewendet werden, von der weiteren Laufbahn ausgeschlossen. Das würde bei der großen Zahl namentlich der Volksschullehrer Radikalisierung eines nicht unbeträchtlichen Teils unseres Volkes bedeuten, und wir wissen aus den Schulkämpfen des vorigen Jahrhunderts wie stark der Staat, der damals ja viel mächtiger war als heute, schon damals sich gegen radikale Bestrebungen unter den Lehrern wenden mußte. Die jungen Leute können heute unmöglich vom Staat so lange Unterstützung erhalten, bis ihre Umstellung auf andere Berufe ermöglicht ist. Was soll aus ihnen werden?

*

Eine Nachrichtenstelle verbreitet die Meldung, daß die preußische Regierung im Zusammenhang mit dem Beamtenabbau erwäge, mehrere Universitäten stillzulegen, die auch mit Namen genannt werden. Wie uns dazu im Preußischen Kultusministerium erklärt wird, ist dort bisher von solchen Plänen keine Rede gewesen.